

Anfrage

der Abgeordneten Madeleine Petrovic an Herrn Landesrat Dr. Stefan Pernkopf
gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend **Förderfähigkeit von Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbarer Energie im
Wohnungsbau durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)**

Begründung:

Im Rahmen ihres Konjunkturprogramms hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, dass Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbarer Energie im Wohnungsbau durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), in allen Mitgliedstaaten in der derzeitigen Förderperiode 2007-2013, förderfähig sein sollen. Sowohl der Europäische Rat als auch das Europäische Parlament haben ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag bereits gegeben.

Durch die Beschlussfassung im Rat sind die Mitgliedstaaten über diese Änderung bereits informiert und wurden von Kommission und Parlament aufgefordert, diese neuen Fördermöglichkeiten umfassend und umgehend zu nutzen.

Da auch Niederösterreich auf diese Fördermittel durch den EFRE profitieren kann, bis zu 4% der EFRE Mittel können für geeignete Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbarer Energie im Wohnungsbau eingesetzt werden, sollte diese Möglichkeit auch in Niederösterreich umgehend in Anspruch genommen werden. Diese Förderung sollte möglichst breit gefasst werden, damit die Fördermittel auch tatsächlich abgerufen und für Energieeffizienz und erneuerbare Energie im Wohnungsbau eingesetzt werden können.

Die unterfertigte Abgeordnete stellt daher an Herrn Landesrat Dr. Stefan Pernkopf folgende

Anfrage:

1. Plant Niederösterreich, die neue Fördermöglichkeit für Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien im Wohnungsbau aus Mitteln des EFRE in vollem Umfang (4% der EFRE-Mittel) zu nutzen?
2. Welche Umschichtungen innerhalb des Operationellen Programms Niederösterreich 2007-2013 sind dadurch notwendig oder vorgesehen?
3. Werden solche Umschichtungen einen erneuten Landtagsbeschluss und/oder eine erneute Notifizierung des Operationellen Programms Niederösterreich 2007-2013 durch die EU-Kommission erforderlich machen?
4. Ist vorgesehen, den Fördergegenstand „Wohnungsbau“ in irgendeiner Weise einzuschränken?
5. Welcher Zeitplan ist für die Einführung der neuen Fördermöglichkeit vorgesehen?
6. Ab wann können Gelder für Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im Wohnungsbau abgerufen werden?
7. Sollte die Landesregierung die neue Fördermöglichkeit nicht nutzen wollen, wie kann sie es rechtfertigen, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht auf klimafreundliche Investitionen, wie es auch von der Kommission selbst gefordert wird umzusteuern?

Madeleine Petrovic